



Tagesordnungspunkt 5(b)(iii)**Dringlichkeitsentschlüsse****Bekämpfung der extremen Rechten**

Der Kongress äußert tiefe Besorgnis über die Zunahme des Rechtsextremismus, des Neofaschismus, des Totalitarismus, des Autoritarismus und der Tyrannei. Der Kongress bedauert das Vordringen der extremen Rechten in die Politik in jeder Region und die Verbreitung von Hass und Zwietracht durch sie. Sie untergräbt die Grundfesten der Demokratie und die Menschenrechte und gefährdet den Frieden, indem sie bestehende Konflikte verschärft, neue Konflikte und Gewalt schürt. Rechtsextreme Ideologien gewinnen weltweit an Boden, und die Strategien zu ihrer Finanzierung und Unterstützung müssen offengelegt und bekämpft werden.

Die extreme Rechte ist ein Nährboden für autoritäre, diktatorische, rassistische und nationalistische Regime, die universelle Freiheiten und Rechte, einschließlich der Gewerkschaftsrechte, verweigern und unterdrücken und freie, demokratische und unabhängige Gewerkschaften angreifen. Ihre Narrative schüren Rassismus, Frauenfeindlichkeit und Hass auf marginalisierte Gruppen.

Freie und demokratische Gewerkschaften sind wesentliche Verteidiger der Demokratie. Sie treten für die Werte Gleichstellung, Solidarität, Gerechtigkeit und Inklusion ein und fördern die Verwirklichung uneingeschränkter demokratischer Teilhabe, gleicher Rechte und gleicher Chancen für alle. Die extreme Rechte zu bezwingen, ist eine Aufgabe von zentraler Bedeutung für die Gewerkschaften, und der neue Sozialvertrag ist unerlässlich für das Zurückdrängen des Rechtsextremismus und den Aufbau und Erhalt der Demokratie.

Der Kongress steht an der Seite von Gewerkschaften überall, die gegen die extreme Rechte mobilisieren und kämpfen, und verpflichtet sich dazu, internationale, interregionale, regionale und nationale Strategien zu unterstützen, um den Rechtsextremismus zurückzudrängen.